Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Breckerfeld, Dahlerbrück, Schalksmühle, Brügge, Oberbrügge, Lüdenscheid, Bollwerk, Volme, Kierspe-Bahnhof, Kierspe, Könsahl, Meinerzhagen, Valbert, Mühlhofe, Kupferberg, Kreuzberg, Radevormwald usw.

Redaktion, Druck und Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver i. Westfalen. □ Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 135 | Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich am Postschalter abgeholt Mark 2.40, durch die Boten Mark 2.65, durch den Briefträger frei ins Haus gebracht Mark 2.82 | Halver, Mittwoch, den 12. Juni | Anzeigen: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., Reklamezeile 40 Pfg. — Jede Rabattbewilligung wird hinfällig bei zwangsweiser Beitreibung der Gebühren. | 1918

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

9. Juni. Im Kemmelgebiet stärkerer Artilleriekampf. — Westlich der Oise werden feindliche Stellungen erstürmt.

10. Juni. Östlich der Matz werden die Höhen von Guny erobert und etwa 8000 Gefangene eingebracht. — Im Luftkampf werden 37 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Wiener Besuch.

Ein guter Bekannter kommt nach Berlin, um sich den leitenden Männern des Reiches vorzustellen: Graf Burian. Er ist, nach Czernins Sturz, da wieder angelangt, wo er stand, als im August 1914 der Krieg ausbrach, am Ballhausplatz in Wien; aber der bundesbrüderliche Brauch bringt es mit sich, daß er in der befreundeten Hauptstadt trotzdem einen regelrechten Antrittsbesuch zu machen hat. Er wurde eigentlich schon im Mai erwartet; Monarchenreisen schoben sich aber dazwischen. Um so willkommener ist der Vertrauensmann des Kaisers Karl seinen deutschen Kollegen jetzt, da alles für die mit ihm zu führenden Verhandlungen in Ruhe und Gründlichkeit vorbereitet werden konnte.

Der Rahmen, innerhalb dessen die Berliner Besprechungen sich diesmal bewegen sollen, ist durch die bekannten deutsch-österreichischen Abmachungen im Großen Hauptquartier fest umgrenzt worden. Ausbau und Vertiefung des Bündnisses heißt die Losung. Sie soll das Kriegsziel unserer Gegner, von dem sie militärisch meilenweit entfernt sind, auch politisch für alle Welt sichtbar ein für allemal erledigen: den Bund der Mittelmächte zu sprengen, um jede von ihnen dann um so leichter ihrem Machtwillen unterwerfen zu können. Damit ist es nichts und wird es nichts werden; im Gegenteil, enger als je zuvor wollen die beiden Kaiserreiche sich zusammenschließen und einen mitteleuropäischen Block aufrichten, durch dessen bloße Existenz schon in Zukunft alle feindlichen Absichten gegen uns zur Hoffnungslosigkeit verurteilt sein werden. Mit Recht erwartet deshalb Exzellenz v. Payer, wie aus einer von ihm gewährten Unterredung zu entnehmen ist, von den Berliner Verhandlungen eine Beschleunigung des Friedensschlusses und eine wesentliche Stärkung unserer Stellung bei den Friedensverhandlungen, wenn Deutschland und Österreich-Ungarn als eine Einheit in sie hineingehen können. Diese Aussicht rechtfertigt den Wunsch nach raschem Abschluß der Pläne, die zwischen Wien und Berlin nun schon so viel hin- und hergewälzt worden sind. Die bisherige Form des Bündnisses genügt nicht. Politisch ist es durch unser rückhaltloses Eintreten für die Balkaninteressen unserer Verbündeten und durch deren Ausdehnung weit über den ursprünglichen Umkreis hinaus auf eine völlig veränderte Grundlage geraten; wirtschaftlich sind ihm ganz neue und lebenswichtige Aufgaben gestellt; und militärisch muß es den reichen Erfahrungen der Kriegszeit angepaßt werden — alles das selbstverständlich unter völliger Wahrung der Selbständigkeit beider Teile; darüber braucht kein Wort weiter verloren zu werden. Das alles sind freilich Ziele, die sich leichter aufstellen als erreichen lassen, denn erst, wenn man zu ihrer Umschreibung und Festlegung im einzelnen schreitet, tauchen Bedenken und Schwierigkeiten auf, die nicht leicht zu überwinden sind. Hier z. B. die Gegensätzlichkeit der landwirtschaftlichen und industriellen Interessen, die auf beiden Seiten zugleich Berücksichtigung heischen, weil Süddeutschland nicht der billigeren Einfuhr von Getreide und Futtermitteln aus der Donaumonarchie ausgesetzt sein möchte, während unsere Industrie einen möglichst günstigen Absatz ihrer Erzeugnisse nach den Donauländern anstrebt. Von der näheren Gestaltung unseres Bündnisses hängt dann die Weiterbildung unserer Beziehungen zu den eigentlichen Balkanländern, zur Türkei, zu Polen, zu den nördlichen Randstaaten und schließlich auch zur Sowjet-Republik ab — kurz wir sehen, daß hier der Grund gelegt werden soll zu dem neuen Europa, dessen Aufbau nach gründlichster Zerstörung des berühmten europäischen Gleichgewichts zur Notwendigkeit geworden ist. Eine Riesenaufgabe, würdig eines Hindenburg der Diplomatie.

Dem Grafen Burian dürfen wir mit vollem Vertrauen entgegensehen. Er wird Herrn v. Payer gewiß darin zustimmen, daß Opfer und Entsagungen auf allen Seiten gebracht werden müssen, wenn das große Ganze gedeihen soll, und er wird den richtigen Blick dafür besitzen, wo die sehr schwierigen innerpolitischen Verhältnisse seines Landes Berücksichtigung verdienen und wo ihnen die Gesamtinteressen des Bundes unbedingt voranzustellen sind. In den drei Tagen, die er in Berlin zu verweilen gedenkt, wird sich natürlich nicht die ganze gewaltige Arbeit vollenden lassen, die seiner harrt; es genügt, wenn für die Hauptfragen Richtlinien vereinbart werden, die sich dann in kommissarischen Verhandlungen weiter ausbauen lassen. Dieses Ziel wird aber sicher erreicht werden. Dann wird der Berliner Besuch des Grafen Burian die Bedeutung eines geschichtlich für alle Zeit denkwürdigen Ereignisses für sich in Anspruch nehmen dürfen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Über die **Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zur Friedensresolution** vom 19. Juli 1917 gab Abg. Fischbeck im Zentralausschuß der Partei wertvolle Mitteilungen. Der Redner führte u. a. aus: „Wir wollen keinen Eroberungsfrieden, aber wir wollen auch keinen Verzichtfrieden, wir wollen einen Sicherungsfrieden, den wir brauchen für unser Leben und unsre Entwicklung. Wir verzichten auf nichts und haben niemals auch in der Resolution vom 19. Juli auf irgend etwas verzichtet." In der Aussprache gab Vizekanzler v. Payer eine kurze Darstellung seiner Arbeit im neuen Wirkungskreise. Aus seinen weiteren Erklärungen ist bemerkenswert, daß die elsaß-lothringische Frage wahrscheinlich erst nach dem Friedensschluß ihre Lösung finden werde. Zum Schluß betonte der Vizekanzler, daß er mit dem gleichen Wahlrecht in Preußen stehe und falle.

Holland.

× **Bei der Eröffnung der deutsch-englischen Verhandlungen im Haag**, die etwa zwei Wochen dauern sollen, erklärte der holländische Minister des Äußern Loudon, daß Holland, das zwischen den Kämpfenden liegt und immer größere Entbehrungen erleidet, sich bedauerlicherweise nicht mehr gestatten könne, durch Gastfreundschaft auf seinem Boden an der Linderung der Leiden des Krieges mitzuwirken, aber auf Hollands Bereitwilligkeit, bei der Rückbeförderung der Gefangenen mitzuwirken, könne man rechnen. Zunächst beriet dann die Versammlung über die Festsetzung des Arbeitsprogramms, das alle Gefangenenfragen behandelt.

Rußland.

× Das Kriegskommissariat in Moskau ist ermächtigt worden, innerhalb einer Woche die zwangsweise Mobilisation der Bauern und Arbeiter anzuordnen. Diese Maßnahme wurde angesichts der Werbetätigkeit der Gegenrevolutionäre beschlossen, die die Verpflegungskrise zu benutzen suchen, um die Herrschaft der Kapitalisten und Agrarier wiederherzustellen. In einem Aufruf wendet sich Trotzki gegen die Tschechoslowaken, in dem diese als Verbündete der Gegenrevolution bezeichnet werden.

Polen.

× Der polnische Regentschaftsrat hat den Beschluß des Ministerrates betreffend die Einberufung des Staatsrates genehmigt. Der Entwurf der Landtagswahlordnung, der vom Ministerrat dem Regentschaftsrat zur Genehmigung vorgelegt ist, sieht das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Stimmrecht mit gewissen Eigenschaften der Verhältniswahl vor. Jeder Wahlkreis soll mehrere Abgeordnete wählen, wobei die Abstimmung mit Hilfe von Listen erfolgt. Das aktive Wahlrecht steht jedem Staatsbürger mit vollendetem 25. Lebensjahr zu, das passive jedem über 30 Jahre.

Asien.

× **Das japanisch-chinesische Abkommen** erfährt durch holländische Blätter eine nähere Beleuchtung. Danach hat der japanische Militärdelegierte General Ugaki erklärt, das Abkommen sei zwar defensiv, sei aber deswegen nicht notwendig auf die Verteidigung beschränkt. Es beziehe sich auch nicht nur auf den Osten. Die japanische Regierung habe Munitionsbureaus zur Ausführung des kürzlich angenommenen wirtschaftlichen Mobilmachungsgesetzes eingerichtet; außerdem ist ein Munitionsrat, der aus 50 Sachverständigen der Industrie und der Wissenschaft besteht, eingesetzt worden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 10. Juni. Das preußische Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratungen über „Kunst und Wissenschaft" beim Kultusetat fort.

Berlin, 10. Juni. Baron Burian, der am Dienstag abend hier eintrifft, wird am Mittwoch die Rückreise nach Wien antreten.

Berlin, 10. Juni. Die Mission der Sowjetregierung, die, entsprechend den dem Grafen Mirbach in Moskau gemachten Vorschlägen, mit der deutschen Regierung über die Interpretation und die Verwirklichung gewisser Einzelbestimmungen des Brest-Litowsker Friedensvertrags verhandeln soll, ist hier eingetroffen.

Berlin, 10. Juni. Wie verlautet, hat die Kommission des preußischen Herrenhauses, die den Fall Lichnowsky bearbeitet, beschlossen, den Ausgang des eingeleiteten Strafverfahrens abzuwarten.

Berlin, 10. Juni. Bei der Präsidentenwahl im Reichs-

Schloß Fürstenhofen.

Roman von Erich Böhme.

(Nachdruck verboten.)

1

1. Kapitel.

Gegen Mitternacht rasselte eine leichte Halbchaise, mit zwei schweren dunkelbraunen Pferden bespannt, Kutscher und Diener auf dem Bock, über das ziemlich holprige Pflaster des Marktplatzes der kleinen Landstadt Fürstenhofen. Die braven Bürger mit ihren Ehehälften, die schon seit zwei Stunden in ihren Betten ruhten, horchten erstaunt auf diesen ungewöhnlichen Lärm in den stillen Straßen des friedlichen Städtchens, und die lustige Kneipgesellschaft am Stammtische des „goldenen Brunnens" verstummte auf eine Weile und lauschte auf das Rasseln der Räder und das Klappern der Hufe.

„Wer mag denn da noch ankommen?" fragte der Notar Bankert, indem er aus der großen schwarzen Dose, die zum gemeinsamen Gebrauch auf dem Stammtisch stand, eine Prise nahm und mit viel Geräusch und Geschnauf in seine große rote Nase stopfte.

„Es muß 'ne Landkutsche sein", sagte der Postverwalter, „denn der letzte Eisenbahnzug kommt ja schon um sieben Uhr abends."

„Vielleicht ist der Dr. Ehrenberg außerhalb gewesen", meinte der dicke Fleischermeister, dessen Laden und „Wurstfabrik" an der Ecke des Marktplatzes, gerade dem alten Rathaus gegenüber, lagen.

„Nein, das kann nicht sein", entgegnete der stets nach der neuesten Mode gekleidete Schnitt- und Kurzwarenhändler Mennecke, „ich sah Dr. Ehrenberg heute abend um neun Uhr über den Marktplatz gehen."

„Na, dann mag es sein, wer es will", rief der Notar. „Wir wollen uns nicht stören lassen. Herr Wirt, noch ein Glas Grog!"

Der Wirt, dessen Gesicht man es ansah, daß er sein bester Gast war, watschelte herbei und sagte mit wichtiger Miene: „Meine Herren, da muß etwas passiert sein."

„Was ist passiert?" — „Wo ist etwas passiert?"

„Na, nur Ruhe, meine Herren", ermahnte der dicke Wirt phlegmatisch. „Lassen Sie mich von Anfang an erzählen. Ich stehe also da vor der Tür, um ein bißchen frische Luft zu schöpfen, als ein Wagen in raschem Tempo über den Platz fährt."

„Das haben wir alle gehört", sagte der Notar ungeduldig.

„Ja, aber Sie haben den Wagen nicht gesehen, der mit zwei schweren dunkelbraunen Pferden bespannt war, dem Kutscher und dem Lakai auf dem Bock . . ."

„Donnerwetter, dann mußte es ja ein Wagen aus dem Schlosse sein!"

„Ja, Herr Notar", bestätigte der Wirt mit wichtiger Miene. „Es war ein Wagen vom Schloß, ich erkannte den Leibkutscher Ihrer Hochfürstlichen Durchlaucht, der Prinzessin Adelaide und den alten Kammerdiener Alexander . . ."

„Und wer saß in dem Wagen? Doch nicht die alte Prinzessin?" — „Nein . . ." — „Oder die junge Prinzessin Tilli?"

„Auch die nicht, Herr Notar. Kurz — der Wagen war leer."

„Zum Kuckuck mit Eurer Langweiligkeit!" rief der Notar ärgerlich. „Wohin fuhr denn der Wagen?"

„Ja, darum handelt es sich ja gerade, Herr Notar, und deshalb sage ich, daß etwas da droben im Schloß passiert sein muß, denn der Nachtwächter Järns, der eben in das Schankzimmer kam um einen Schnaps zu trinken, sagt, daß der Wagen bei Dr. Ehrenberg vorgefahren sei, daß der alte Kammerdiener die Nachtglocke des Doktors heftig gezogen und nachdem die Haustür geöffnet, in das Haus gegangen sei . . ."

In diesem Augenblicke steckte der Nachtwächter Järns sein mit einer Pelzmütze bedecktes Haupt in die Tür und flüsterte mit rauher Stimme und äußerst wichtiger Miene: „Meine Herrens, der Wagen kommt zurück!"

Alle sprangen auf und eilten vor die Tür des Gasthauses, obgleich ein häßliches, naßkaltes, nebliges Wetter herrschte.

Da bog auch schon der Wagen um die Ecke des Platzes und fuhr in raschem Trabe über den Platz, gerade an dem Hotel zum goldenen Brunnen vorüber, um dann in eine Seitenstraße einzubiegen, die zum Schloß Fürstenhofen hinaufführte.

Die Laternen des Wagens brannten hell und warfen ihren Lichtschein weit voraus. Deutlich erkannten die Herren den Leibkutscher und den alten Kammerdiener der Prinzessin.

„Heda, Alexander!" rief der Notar, der zuweilen in amtlicher Eigenschaft auf dem Schloß zu tun hatte und hin und wieder von der alten Prinzessin zur Tafel befohlen wurde, „was gibt's denn da oben? Hoffentlich kein Krankheitsfall . . ."

Die Gestalt eines schlanken Herrn beugte sich zu dem Wagen hinaus.

Alle erkannten den jungen Arzt Dr. Robert Ehrenberg.

„Ah, Herr Doktor! Sie sind's . . ."

„Ja, meine Herren. Ihre Durchlaucht ist erkrankt . . ."

— „Hoffentlich nicht ernstlich."

„Kann ich noch nicht sagen, meine Herren. Fahren Sie weiter, Alexander."

Dr. Ehrenberg zog sich in das Dunkel des Wagens zurück, der rasch weiter fuhr und in der finsteren Seitenstraße verschwand.

Die Gäste des goldenen Brunnens kehrten zu ihrem Stammtisch zurück und bestellten sich ein frisches Glas Grog. Dieses Ereignis der Erkrankung der alten Prinzessin Adelaide von Hohenstein mußte doch gehörig besprochen und nach allen Seiten hin beleuchtet werden, und wenn darüber auch einige Stunden Schlaf geopfert werden mußten. Die Herren vom Stammtisch des goldenen Brunnens kamen sowieso auch an gewöhnlichen Tagen vor Mitternacht nicht in die Federn.

„Sollte mir leid tun, wenn die alte Dame ernstlich erkrankt wäre", sagte der Notar, nachdenklich in sein Glas blickend und dann mit einem leichten Seufzer einen tüchtigen Schluck nehmend.

„Sie hat nie einen Doktor gebraucht", meinte der Postverwalter. „Man sagt, daß sie die Ärzte haßt."

„Ja — das tat sie . . ." — „Vielleicht hat sie der Schlag gerührt", sagte der apoplektische Wurstfabrikant. — „Gallig genug war sie", bestätigte der Notar.

„Ich bedauere dabei am meisten die junge Prinzessin", nahm der Konfektionär das Wort. „Wenn die alte Durchlaucht stirbt, wohin soll Prinzessin Tilli dann gehen?"

„Na, da lebt doch noch ihr Bruder . . ."

„Ah, der Prinz Franz Albert! Nun, der steht als Rittmeister bei den Gardehusaren in Potsdam und ist unverheiratet; zu ihm kann Prinzessin Tilli nicht gehen."

„Sind denn sonst keine Verwandten da?"

„Gewiß. Da ist noch die regierende Linie der Fürsten — aber ich weiß nicht, wie es gekommen ist, man bekümmert sich gar nicht umeinander — jedenfalls besteht seit Jahrzehnten kein Verkehr mehr zwischen den beiden Linien."

„Ja, die alte Prinzessin hat hier das reine Einsiedlerleben geführt." — „Und Prinzessin Tilli auch . . ."

„Wie Dornröschen!" rief der poetisch angehauchte Kaufmann in Schnittwaren. „Hat wahrscheinlich schon lange auf den erlösenden Märchenprinzen gewartet."

(Fortsetzung folgt.)

tage haben die Unabhängigen Sozialisten gegen Scheidemann als Vizepräsidenten gestimmt.

Stockholm, 10. Juni. Eine tausendköpfige hungernde Menge veranstaltete in Petersburg eine Kundgebung für den Zaren. Die Menge wurde mit Maschinengewehren auseinandergetrieben.

Stockholm, 10. Juni. Der Regierungsantrag auf Reform des Gemeindewahlrechts wurde in der Ersten Kammer mit 70 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Die Zweite Kammer nahm den Antrag mit 122 gegen 50 Stimmen an.

Bern, 10. Juni. Königin Olga, die Witwe des verstorbenen Königs von Griechenland, eine frühere russische Großfürstin, ist, aus Petersburg kommend, in der Schweiz eingetroffen.

Lugano, 10. Juni. Infolge der zunehmenden Unzufriedenheit der italienischen Regierung wegen der Beschaffenheit des Brotes, erließ der Ernährungsminister eine dringende Verordnung zur Herstellung besseren Brotes.

Tiflis, 10. Juni. Die transkaukasische Regierung ist aufgelöst. Dafür wurde eine georgische Regierung gebildet, die die Unabhängigkeit Georgiens erklärte. Ein Abgesandter der neuen Republik weilt bereits in Berlin.

Washington, 10. Juni. In einem neuen Gesetz, über das im Repräsentantenhause jüngst berichtet wurde, wird angeordnet, daß sämtliche ausländischen Anarchisten in den Vereinigten Staaten festgestellt und für die sofortige Deportation bereit gehalten werden sollen.

Wahlrechtskompromiß in Preußen.

Zwei Zusatzstimmen.

cb. **Berlin**, 11. Juni.

Soeben, in vorgerückter Nachmittagsstunde, ist die Vereinbarung zwischen den beiden Rechtsparteien und dem rechten Flügel der Nationalliberalen für die morgige vierte Lesung der preußischen Wahlrechtsvorlage abgeschlossen worden, und es ist uns gelungen, die Einzelbestimmungen wie nachfolgend alsbald zu erfahren:

Das Kompromiß will den Erfahrenen und Tüchtigen aller Stände, entsprechend ihrer staatspolitischen Bedeutung, eine gewisse Vorzugsstellung bei der Ausübung des Wahlrechts einräumen. Es gewährt deshalb je eine Zusatzstimme:

1. allen Wählern über 50 Jahre,

2. all denen, die entweder seit einem Jahre selbständig sind oder mindestens 20 Jahre selbständig gewesen sind, oder die mehr als 10 Jahre als Beamte hauptamtlich tätig sind oder gewesen sind, oder die mehr als 10 Jahre ehrenamtlich, oder als Beamter in der Selbstverwaltung tätig sind oder gewesen sind, oder die mehr als 10 Jahre im privaten Betriebe als Angestellte im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte, aber ohne Rücksicht auf die in diesem Gesetze festgesetzte Gehaltsgrenze, tätig sind. Darunter fallen auch Aufseher, Werkmeister und sonstige aus dem Arbeiterstande hervorgegangene, in gehobene Stellungen eingetretene Personen. Endlich sollen auch diejenigen eine Zusatzstimme erhalten, die mehr als 10 Jahre, vom vollendeten 25. Lebensjahre an gerechnet, in staatlichen, kommunalen und privaten Betrieben als Aufseher, Vorarbeiter oder Rottenführer tätig sind, falls ihrer Aufsicht regelmäßig mindestens 5 Arbeiter unterstellt sind.

Wahlberechtigt ist jeder in der Gemeinde, in der er seit zwei Jahren seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat (die Regierungvorlage sah ein Jahr vor).

Das Kompromiß führte ferner für die gemischtsprachigen Wahlbezirke Westpreußens und Posens die Verhältniswahl an, knüpft Verfassungsänderungen an eine Dreiviertelmehrheit beider Häuser des Landtages.

Von rechtsstehenden Leuten wird uns noch zu dem Übereinkommen geschrieben: Die konservative Fraktion hat trotz schwerer Bedenken dem Kompromiß zugestimmt in dem Wunsch, eine Reform des Landtagswahlrechts zu verwirklichen. Das Kompromiß enthält nur solche Zusatzstimmen, die jeder Staatsbürger zu erreichen in der Lage ist. Durch die Einschränkung, daß der zweijährige Wohnsitz Voraussetzung zur Ausübung des Wahlrechts sein soll, wird das Moment der Seßhaftigkeit und der Bodenständigkeit in bestem Sinne betont. Diese Bestimmung dürfte einen stark mäßigenden Einfluß auf die Wahlen ausüben und im Ergebnis der Wirkung einer dritten Zusatzstimme nahekommen. Der Kompromißantrag dürfte bei der vierten Lesung der Wahlrechtsvorlage eine große Mehrheit auf sich vereinigen. Man rechnet auch mit der Zustimmung des rechten Zentrumsflügels.

Eine Wahlrechtserklärung des Grafen Hertling.

Berlin, 10. Juni. **Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat der Ministerpräsident Graf v. Hertling in einer Unterredung mit Herrn v. Heydebrand, dem Führer der Konservativen im preußischen Abgeordnetenhause, von neuem betont, daß er mit dem gleichen Wahlrecht stehe und falle, und daß die Staatsregierung im Falle der Ablehnung dieses Wahlrechts vor einer Auflösung des Hauses nicht zurückschrecken und an die Wähler appellieren werde.**

Deutscher Reichstag.

(171. Sitzung.) *CB.* **Berlin**, 10. Juni.

Bei Eröffnung der Sitzung bittet Präsident **Fehrenbach** die Redner, sich kurz zu fassen, damit der Etat des Innern heute noch verabschiedet und die Beratung des Heeresetats in dieser Woche erledigt werden kann. — Der neugewählte Abg. Korfanty ist bereits in das Haus eingetreten.

Weiterberatung des Haushaltsplans für das Innere.

Abg. Dr. **van Calker** (natl.): Wir können uns in der Tat kurz fassen in einem Augenblick, wo von draußen her die Taten sprechen. (Lebh. Beifall.) Die beiden vortragenden Ratsstellen, deren Wiederherstellung wir wünschen, sind hauptsächlich zur Vorbereitung neuer Maßnahmen auf dem Gebiete der Bevölkerungspolitik bestimmt. Auch ich bin der Meinung, daß das Reich auf dem Gebiete der Kulturpolitik vorangehen muß. Die Befürchtungen wegen des Rückgangs der Bildung teilen wir nicht. Ich habe selbst als Bataillonsführer junge Leute, Oberrealschüler und Gymnasiasten kennengelernt, die vielleicht nur ein sehr mäßiges Notabiturium gemacht haben und doch draußen vortreffliche Soldaten und Offiziere, kurz, ganze Männer geworden sind. Die Gesetze zur Verhütung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten müssen ausgebaut werden. Junggesellen müssen zur Ehe angereizt werden. Je stärker wir an Zahl werden, desto unüberwindlicher werden wir unseren Feinden scheinen, desto mehr werden wir vor neuen Angriffen bewahrt bleiben. (Beifall.)

Abg. **Warmuth** (Dtsch. Fr.): Die Lage der unehelichen Kinder muß gebessert werden. Die Hauptsache ist, daß jedes uneheliche Kind ohne bürokratische Bedenken und Schwierigkeiten gute Pflege bekommt.

Staatssekretär **Wallraf**: Sie wissen, wie schwer es stets ist, gegen Vorurteile anzukämpfen, eine Verbesserung bedeutet die Verausgabung vereinfachter Geburtsurkunden. Die Schaffung der Einheitsstenographie wünschen auch wir. Die beiden angeregten Entwürfe werden gegenwärtig geprüft. Hoffentlich kommt es zu einer Einigung. Auf gesetzlichem Wege ist sie allerdings nicht zu erzwingen. Trotz der leidenschaftlichen Kämpfe unter den Interessenten erhoffe ich doch in absehbarer Zeit eine Vereinheitlichung.

Abg. **Bock** (U. Soz.) fordert Erhöhung der Familienunterstützungen.

Abg. **Gröber** (Ztr.) tritt für Beamtenausschüsse ein.

Abg. **Hasenzahl** (Soz.) befürwortet die Erleichterung der Zahlung von Familienunterstützungen.

Abg. v. **Trampczynski** (Pole) führt lebhafte Klage über das Vereinsgesetz in seiner Anwendung gegen die Polen.

Abg. Dr. **Thoma** (natl.) spricht über die wünschenswerte Einführung einer Einheitskurzschrift.

Abg. **Neck** (kons.) bittet um Beschleunigung der Ermittelung der Kriegsschäden in Ostpreußen.

Abg. **Kunert** (U. Soz.) bringt verschiedene Klagen vor.

Der Etat des Innern wird erledigt. Nächste Sitzung morgen.

Regierungserklärung für die Besitzsteuern.

Verhandlungen des Hauptausschusses.

Berlin, 10. Juni.

Wichtige Eröffnungen machte Reichsschatzsekretär Graf Roedern im Hauptausschuß des Reichstages bei den Beratungen über die Besitzsteuern. Der Hauptausschuß tagte noch unter dem Vorsitz des zum Reichstagspräsidenten gewählten Abgeordneten Fehrenbach, da die Wahl eines neuen Vorsitzenden erst morgen stattfinden soll.

Zustimmung der Bundesstaaten.

Graf Roedern erklärte: Das Reichsschatzamt hat sich mit den Vertretern der einzelnen Bundesregierungen in Verbindung gesetzt, um in der Frage der **Besitzbesteuerung durch das Reich** zu einer Einigung zu kommen. Eine förmliche Beschlußfassung hat nicht stattgefunden, jedoch ist **Übereinstimmung** darüber erzielt worden, daß unter Zurückstellung mancherlei Bedenken auf die **Besteuerung der Einkommensvermehrung und des Vermögens von** einer bestimmten Höhe an im Rahmen des bereits veröffentlichten Kompromißantrages eingegangen werden kann. Zu einer Besteuerung des reinen Einkommens durch das Reich haben sich die Einzelstaaten nicht bereitfinden können.

Über den zu erwartenden Ertrag des zwischen Regierung und Parteien vereinbarten Antrages, der bekanntlich die Einkommensvermehrung und das Vermögen über 50 000 Mark heranziehen will, äußerte der Reichsschatzsekretär, man könne auf eine Summe von 1200 Millionen Mark rechnen. Es wird möglich sein, noch in dieser Tagung des Reichstages zu einem Abschluß zu kommen. Auch für die Errichtung des obersten Steuergerichtshofes wird sich eine Mehrheit im Bundesrat finden. Wenn die Besitzsteuer auf 1800 Millionen Mark erhöht wird, so hofft die Regierung, daß dann auch 2,5 Milliarden Mark vom Reichstag aus indirekten Steuern bewilligt werden. Sie betrachtet die Steuervorlage als ein einheitliches Ganzes, auch hinsichtlich der Getränkesteuern, und besteht auf einer Verabschiedung sämtlicher Steuergesetze.

In der Aussprache gab der Berichterstatter Müller-Fulda vom Zentrum seiner Zufriedenheit mit dem Übereinkommen Ausdruck. Die kleinen Vermögen müßten geschont werden, die Erhöhung bei den größeren bis zu 5 vom Tausend sei gerechtfertigt. Es sei erwünscht, daß man den Gesamtertrag von etwa 1200 Millionen Mark für das laufende Jahr noch einbringe. Deshalb sollte der Entwurf in das Gesetz über die Kriegssteuer der Gesellschaften eingearbeitet und gleichzeitig mit diesem erledigt werden. Noch einige andere Redner sprachen sich zustimmend aus, wobei die Erhöhung der unteren Grenze des zu besteuernden Vermögens von 20 000 auf 50 000 Mark besonders begrüßt wird.

Krieg.

Großes Hauptquartier, 11. Juni.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschall Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Die tagsüber mäßige Gefechtstätigkeit lebte nur beiderseits der Somme auf. Nach starker Feuersteigerung griff der Feind am Abend zwischen Ancre und Somme an. Oertlicher Einbruch des Feindes an der Straße Corbie-Bray wurde durch Gegenstoß zum Stehen gebracht; vor der übrigen Front brach der Angriff blutig zusammen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In zwei Kampftagen hat der Angriff der Armee des Generals von Hutier zu dem beabsichtigten Erfolge geführt und uns in den Besitz des Höhengebietes südwestlich von Noyon gebracht. Der Stoß traf einen auf unsern Angriff vorbereiteten tiefgegliederten Feind in stärkster Stellung, die französische Division konnte trotzdem der ungestümen Angriffskraft unserer Truppen nicht widerstehen. Auch die zu heftigen Gegenangriffen herangeführte Division der französischen Reserven wurde gestern in erbitterten Kämpfen zurückgeschlagen. Auf dem rechten Angriffsflügel behaupteten die Truppen des Generals von Oetinger die südlich von Assainvillers genommenen feindlichen Linien gegen heftige Gegenangriffe. Die Truppen des Generals von Webern stehen im Kampfe bei Courcelles und Mery; beiderseits der großen Straße Roye—Estrees—St. Denis eroberten sie den Höhenrücken östlich von Mery, durchstießen die vierte feindliche Stellung und warfen den Feind auf die Aronde zurück. Trotz zäher feindlicher Gegenwehr erkämpften sich die Truppen des Generals von Schoeler den Uebergang über die Matz. Nach Erstürmung der Höhen von Marqueglise und des Vindout-Berges drangen sie im unaufhaltsamen Angriff bis Antheuil vor. Das Korps des Generals Hofmann hat in steten Kämpfen das feindliche Stellungsgewirr auf den Höhen südlich von Diescourt durchstoßen. Auf den nach Süden zur Oise abfallenden Hängen drangen wir bis Ribecourt vor.

Die Gefangenenzahl hat sich auf mehr als 10000 erhöht. Damit steigt die Zahl der von der Heeresgruppe deutscher Kronprinz seit dem 27. Mai eingebrachten Gefangenen auf etwa 75000. An der Front von der Oise bis Reims ist die Lage unverändert. Erneute Angriffe des Feindes nordwestlich von Chateau Thierry brachen verlustreich zusammen.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Der Krieg zur See.

Weitere amerikanische U-Boot-Opfer.

Wie die Schweizer Blätter amerikanischen Telegrammen entnehmen, arbeiten die deutschen U-Boote an der Küste der Vereinigten Staaten weiter.

Bis jetzt wird der durch die deutschen U-Boote vernichtete Frachtraum an der amerikanischen Küste auf mindestens 40 000 Tonnen geschätzt. Svenska Telegram Byran meldet aus Washington amtlich: Der englische Dampfer „Carpathia", 13 603 Br.-Reg.-To., Eigentum der Cunard-Linie, wurde am 5. Juni versenkt. Die Besatzung des Schiffes wurde gerettet.

Gegenwärtig sind noch 16 Dampfer überfällig. Die Schweizer Blätter erklären, daß trotz gegenteiliger Versicherungen der Transport amerikanischer Soldaten und amerikanischen Materials nach dem europäischen Kriegsschauplatz infolge der U-Boot-Tätigkeit bereits sehr empfindlich gestört ist. Unter den einzelnen Regierungen der Verbandsmächte finden Verhandlungen statt, was geschehen soll, falls durch die Wirkung des neuerlich verschärften U-Boot-Krieges die Rechnung der Verbündeten auf volle Ausnutzungsmöglichkeit der amerikanischen Hilfe nicht stimmen sollte.

*

Unsere tägliche U-Boot-Beute.

Berlin, 10. Juni.

Amtlich wird gemeldet: Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 12 500 Br.-Reg.-To. Handelsschiffsraum.

Unter anderen wurde ein mittelgroßer französischer Dampfer aus einem durch vier Zerstörer gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

*

Norwegens ungerechtfertigte Beschwerden.

Berlin, 10. Juni.

In der norwegischen Presse ist vor kurzem eine größere Anzahl sehr gehässiger Artikel erschienen, die unsere U-Boot-Kriegführung angreifen, weil im vergangenen Monat mehrere Fischerfahrzeuge an der Murmanküste versenkt worden sind.

Bekanntlich ist durch den Friedensvertrag von Brest-Litowsk die seinerzeit von uns erfolgte Erklärung eines Sperrgebiets im nördlichen Eismeer nicht aufgehoben. Um der norwegischen Regierung entgegenzukommen, wurden im vorigen Sommer bestimmte Teile dieses Gebietes den norwegischen Fischern für Dorsch- und Robbenfang freigegeben. Auf Grund der jetzt hier vorliegenden Berichte ergibt sich einwandfrei, daß die Versenkung der Fischerfahrzeuge in dem nicht freigegebenen Teil des Sperrgebietes stattgefunden hat. Die Behauptung der norwegischen Presse, daß die Versenkungen ohne Rücksicht auf das Leben der Besatzungen erfolgt seien, ist daher unwahr. Es wäre ohne weiteres möglich gewesen, noch etwa 30 Fischerfahrzeuge, die im Sperrgebiet im Eise festsaßen, zu versenken. Mit Rücksicht auf die Besatzungen ist dies jedoch unterblieben. Ein größerer Dampfer wurde in der Waida-Bucht, die gleichfalls im Sperrgebiet liegt, durch Artillerie versenkt. Die von norwegischer Seite gebrachte Meldung, daß die Rettungsboote dieses Dampfers beschossen seien, ist erfunden.

*

Falsche englische Behauptungen.

Zahlreiche englische Zeitungen melden, daß die Deutschen im letzten Monat 1000 Flugzeuge verloren hätten. „Daily News" knüpft an diese Meldung den Schluß, diese Verluste müßten bereits die Wirksamkeit der deutschen Luftstreitkräfte beeinträchtigen. Der Schluß der englischen Zeitung wäre richtig, wenn seine Voraussetzung richtig wäre. Nach dem deutschen Siege am Chemin des Dames dürfte aber auch unseren Feinden klar geworden sein, daß die Wirksamkeit der deutschen Fliegertruppe noch immer der unserer Gegner überlegen ist. Eine so völlige Überraschung des Gegners, wie sie der Obersten Heeresleitung am 27. Mai gelungen ist, kann nur vollbracht werden, wenn ihre Vorbereitungen durch die Überlegenheit der eigenen Luftstreitkräfte dem Gegner haben verborgen werden können und die Oberste Heeresleitung die Gewißheit gehabt hat, in den Wochen der Kampfpause über die Maßnahmen des Gegners hinreichend durch Luftaufklärung unterrichtet zu sein.

Eine bedeutsame Wandlung.

Angesichts der deutschen Waffenerfolge im Westen scheint sich selbst bei den schlimmsten Kriegshetzern eine bedeutsame Wandlung anzubahnen. Der Mailänder „Secolo", dessen Pariser Korrespondet Campolonghi das Ungeheuerlichste im Verhetzen geleistet hatte, stellt sich jetzt ebenfalls auf die Seite derjenigen, die sich gegen die einfache Verwerfung einer etwaigen Friedensoffensive erklären. Campolonghi findet die Forderung einiger Blätter vernünftig, daß die Entente-Regierungen mit den feindlichen Regierungen in Berührung treten, selbst wenn deren Vorschläge zunächst unannehmbar scheinen sollten, und die Redaktion des „Secolo" fügt hinzu, sie könne mit gutem Gewissen behaupten, daß sie niemals zu jenen gehört habe, die ein Eintreten in Friedensverhandlungen grundsätzlich verworfen haben.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 10. Juni. Nach den neuesten Meldungen aus **Deutsch-Ostafrika** sind die Truppen des Generals v. Lettow-Vorbeck südlich über den Luiu-Fluß zurückgegangen und haben sich allem Anschein nach nun endlich der feindlichen Umklammerung entzogen.

Wien, 10. Juni. Der amtliche Heeresbericht meldet, daß erneute Angriffe der Italiener an verschiedenen Stellen der Front glatt abgewiesen wurden.

Amsterdam, 10. Juni. Der Mißerfolg der letzten englischen Anleihe wird durch die Bittbriefe gekennzeichnet, mit denen der Leiter der Bank von England wohlhabende Leute zur Erwerbung von Anleihescheinen zu gewinnen sucht.

Helsingfors, 10. Juni. Das finnische Heer ist auf Friedensfuß gestellt und in drei Divisionen eingeteilt worden.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 12 Juni.

1815 Gründung der deutschen Burschenschaft in Jena. — 1911 Historienmaler Hermann Schaper gest. — 1915 Deutscher Sieg über die Russen bei Schauli. — 1917 Abdankung des Königs Konstantin von Griechenland zugunsten seines Sohnes Alexander.

□ **Vermehrten Verbrauch von Papierstoffen** strebt die Reichsbekleidungsstelle an. Die bisher sowohl vom Handel wie vom Publikum bewiesene Abneigung gegen Papiergarnerzeugnisse ist nicht mehr berechtigt. Der deutschen Papiergarn-Industrie ist es gelungen, für zahlreiche Gebrauchsgegenstände, insbesondere für Arbeiterschutzkleidung wie Monteuranzüge und Schürzen, ferner für Bettwäsche, Tischdecken, Futterstoffe und zahlreiche technische Artikel so ausgezeichnete Qualitäten aus Papiergarn herzustellen, daß diese als durchaus brauchbarer und einwandfreier Ersatz für die im Frieden üblichen Textilerzeugnisse dienen können. Die allgemeine Einführung und Verwendung der Papiergarnerzeugnisse ist deshalb anzustreben. Nicht nur im Interesse der Papiergarnindustrie, die nur bei starkem Absatz ihrer Erzeugnisse in der Lage ist, weitere Verbesserungen durchzuführen, sondern noch mehr in dem des

Offensive und Geldmarkt.

Von Dr. A. Goldschmidt.

Deutlich prägt sich die Wucht einer neuen Offensive während des Krieges in Wirtschaft und Finanz der betroffenen Länder aus. Man kann sie an Zahlen ablesen. Als, im November vorigen Jahres, der deutsch-österreichische Angriff gegen Italien begann, schnellte der Kurs der Reichsmark an den neutralen Plätzen herauf, während die Notierungen der Auslandswechsel der Entente sanken. An der Pariser Börse glitten die Preise französischer Renten abwärts und erreichten einen seit langen Jahrzehnten nicht mehr erlebten Tiefstand. Der Newyorker und Londoner Börse bemächtigte sich tiefe Niedergeschlagenheit. Die Entente mußte Stützungsversuche unternehmen und bemühte sich krampfhaft, durch einen Pressefeldzug die Aufwärtsbewegung des Reichsmarkkurses aufzuhalten. Die französische Regierung fand nur noch wenig Liebe für ihre Staatswechsel und war gezwungen, die Bank von Frankreich mit ungewöhnlich hohen Summen in Anspruch zu nehmen.

Auch die jetzige deutsche Offensive im Westen macht sich in den Finanzen der Entente bemerkbar. Große Mengen französischen Kapitals sind ins neutrale Ausland geflohen, obwohl ein kürzlich erlassenes Gesetz die Geldauswanderung streng verbietet. Die Bank von Frankreich hat bis zu 800 Millionen Frank Vorschüsse in einer Woche an den Staat geleistet. Ihr Notenumlauf ist derart gedehnt, daß die Golddeckung auf eine lächerliche Winzigkeit gesunken ist. Die Londoner Börse ist von Mißstimmung beherrscht und auch der Newyorker Wertpapiermarkt hat seine Kriegsfestigkeit verloren.

Die angelsächsischen Mächte sind heute froh, wenn ihre Wechselkurse nicht noch weiter sinken. Von einer Zerschmetterung der deutschen Währung ist nicht mehr die Rede. Der englische Schatzkanzler hat große Mühe, seine „National War Bonds" (Kriegsanleihe) im Publikum unterzubringen. Anfang Juni forderte er die Kriegsanleihebesitzer auf, anstatt der Zinsen Schatzwechsel zu nehmen. Das Vertrauen in die Zahlungsgüte der französischen Regierung ist erheblich gesunken. Die Steuern gehen nur sickernd ein und das Siegesanleihegeschrei ist verhallt. Die Londoner Börse hat seit Beginn des Jahres Milliardenverluste erlitten, während die Kurssteigerung in Berlin kaum zu zügeln ist.

Schlimmer noch sind die Wirkungen auf Industrie und Landwirtschaft. Schon die Offensive in Oberitalien hat die Entente in peinliche Produktionsschwierigkeiten gebracht. Die neue Westoffensive hat zunächst das reiche Kohlenbecken des Pas de Calais lahmgelegt. Nachdem die lothringische Kohle von deutschen Truppen erobert war, blieb der französischen Industrie hauptsächlich nur noch die Kohle um Bethune. Seit März dieses Jahres liegen die Gruben unter schwerem deutschen Feuer und auch die Eisenwerke dieser Gegend sind brachgelegt. Frankreich ist heute mehr als je von der Kohlenbelieferung durch das Ausland abhängig, die unter der Wirkung des U-Boot-Krieges steht. Vor dem Kriege gewann Frankreich rund 40 Millionen Tonnen jährlich. Davon haben wir ihm nur einen kleinen Prozentsatz gelassen.

Die Mai-Offensive hat die Wirtschaftsschwierigkeiten noch verschärft. Das Transportsystem geriet in heillose Verwirrung. Alle den Ententeheeren noch zur Verfügung stehenden Bahnen müssen Truppen- und Heeresmaterialtransporten dienen und sind daher überlastet. Die Lebensmittelzufuhr nach Paris stockt. Von der Provinz nach der Hauptstadt dauert heute der Gütertransport fünf- bis zehnmal so lange wie vor der Offensive. Vieh, das gesund verfrachtet wurde, kommt tot in Paris an. Fische verfaulen in den Waggons. Die englischen und amerikanischen Truppen können vorläufig nicht mehr aus ihrer Heimat versorgt werden. Sie müssen sich mit französischen Vorräten ernähren, wodurch sich die Lebensmittelkrise in Frankreich verschärft. Der französische Lebensmittelminister hat entsprechende Einschränkungsmaßnahmen angeordnet. Infolgedessen wuchs die Erbitterung und die Regierung sah sich gezwungen, den baldigen Abbau jener Maßnahmen in Aussicht zu stellen. Reiche Wiesengründe, Getreideflächen, Weinberge und Viehherden sind Frankreich verlorengegangen. Die Bauern mußten Felder und Weiden im Stich lassen und oft froh sein, wenn sie nur das Kärglichste mitnehmen konnten. Stapelplätze, Fabriken, Mühlen sind von den deutschen Truppen erobert worden. Hunderte von Städten und Städtchen, Orten und Ortchen sind von ihnen besetzt. Schon lange reichte die französische Getreideernte nicht mehr zur Versorgung des Heeres und Landes aus. Bei einem Getreidebedarf von 78 Millionen Doppelzentnern hatte Frankreich im vorigen Jahre eine Ernte von nur 31 Millionen Doppelzentnern. Die Offensivfolge dürften den Ertrag dieses Jahres noch erheblich mindern. Die Ernährung Frankreichs hängt damit zum größten Teil vom Auslande ab.

Das Schlimmste ist aber der Verlust an Arbeitskräften. Nachdem die vorhergehenden Offensiven schon große Mengen der Bevölkerung in den Bereich der deutschen Truppen gebracht oder zur Flucht ins Innere veranlaßt haben, hat die Mai-Offensive von neuem viele Tausende der französischen Industrie und Landwirtschaft entzogen beziehungsweise der französischen Heimat als lastende Flüchtlinge zugetrieben. Mehr als 75 000 Einwohner sind innerhalb kurzer Zeit aus dem Frontbereich nach Paris und anderen Städten geflohen. Diese Leute, meistens Bauern, kommen gar nicht oder doch für lange Zeit nicht als Arbeitskräfte in Betracht. Sie erschweren die Versorgung, die Unterkunftsfrage und die Kriegswohlfahrtstätigkeit. Sie verwirren den Eisenbahnverkehr und tragen Mißmut ins Land.

Auch Deutschland drückt der Krieg. Er drückt schwer und alle würden mit tiefem Atemholen den Frieden begrüßen. Aber die Wirtschaftswirkungen der Westoffensive zeigen doch, was es heißt, den Feind in seinem eigenen Lande zu bekämpfen. Jeder Fußbreit verlorenen französischen Bodens ist eine neue Gefährdung der französischen und englischen Wirtschaft und eine Erschwerung des amerikanischen Kriegsapparates. Das dürfen wir bei der Beurteilung unserer Lage niemals vergessen. Unsere Truppen kämpfen weit außerhalb der deutschen Grenzen. Die deutsche Wirtschaft als Ganzes ist vom Feinde nicht berührt. Sie spürt den Krieg nur indirekt. Erst die Völker lernen die ganze Furchtbarkeit des Krieges kennen, die den Feindesstiefel auf dem Nacken haben.

Volks- und Kriegswirtschaft.

* **Apfel- und Birnenhöchstpreise.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat ihre Grundsätze für die Absatzregelung und Bewirtschaftung der diesjährigen Apfel- und Birnenernte aufgestellt. Es wird an der vorjährigen Einteilung in drei Gruppen festgehalten; dagegen fällt die Bezeichnung nach Sorten weg. Nur die Güte des Obstes und seine Verwendbarkeit sollen die Merkmale für die Zuteilung zu den einzelnen drei Gruppen bilden, und zwar heißt die erste Gruppe Edelobst, die zweite Tafelobst und die dritte Wirtschaftsobst. Um Verschiebungen von niedrigeren Gruppen in die Edelobstgruppe zu vermeiden, wird die Reichsstelle die Anordnung treffen, daß Edelobst (wie im Vorjahre die Kabinettsstücke) ausschließlich durch die Reichsstelle erfaßt und nur durch behördlich überwachte Verkaufsstellen abgesetzt werden darf. Für Edelobst wird ein Höchstpreis nicht festgesetzt.

* **Erntehilfe in Bayern.** Zur Sicherung der Ernte hat das Kriegsministerium eine Anordnung erlassen, nach der alle arbeitsfähigen Personen verpflichtet sind, auf Aufforderung der zuständigen Behörde ihres Aufenthaltsortes in der Aufenthaltsgemeinde oder in einer Nachbargemeinde während der Dauer der Erntearbeiten Arbeitshilfe zu leisten. Die Arbeitgeber haben den Verpflichteten die ortsübliche Entlohnung zu gewähren.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Dreifaches Todesurteil.** Die kriegsgefangenen Russen Krilchin, Woronczow und Swetkow, die im November 1917 die Eigentümersfrau Siegmann in Bialken, Kreis Marienwerder, vergewaltigt und ermordet haben, wurden vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Ein Soldat Tschebis, der ihnen bei der Tat geholfen hat, erhielt zehn Jahre Zuchthaus.

§ **Hochstapeleien eines früheren Hauptmanns.** Vor der Potsdamer Strafkammer wurde über die Hochstapeleien verhandelt, die der aus der Untersuchungshaft vorgeführte 53jährige Hauptmann a. D. Kurt v. Keber in Potsdam begangen hat. Der Angeklagte, der mit Ruhegehalt, ständigen Zuwendungen und Renten monatlich 447 Mark bezog, hat seit 1912 sieben Gefängnisstrafen verbüßt. Das Gericht erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Seitens der militärischen Vereine der Stadt Altena ist bei mir der Wunsch ausgesprochen worden, sich an den Angelegenheiten der amtlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge zu beteiligen. Das hiesige Kreiswohlfahrtsamt, Abteilung Kriegsbeschädigtenfürsorge erfüllt diesen Wunsch um so lieber, als ihm selbst sehr daran gelegen ist, **daß die Kriegsbeschädigten selbst durch geeignete Vertreter zur Mitarbeit an ihren eigenen Angelegenheiten in möglichst weitem Umfange herangezogen werden.** Es sollen daher kriegsbeschädigte Mitglieder möglichst aller militärischen Vereine des Kreises vertreten sein entweder in dem Kreiswohlfahrtsamt zur Seite stehenden Kreisausschusse der Kriegsbeschädigtenfürsorge oder in den für jede Ortsbehörde gebildeten und dem Kreiswohlfahrtsamt unterstehenden Ortsausschüssen der Kriegsbeschädigten in die Ortsausschüsse, die für die Bearbeitung der einzelnen Fürsorgefälle regelmäßig zunächst in Betracht kommen, sollen vor allen Mannschaften aufgenommen werden. Es steht jedoch auch der Wahl von Mannschaften in den Kreisausschuß selbstverständlich nichts entgegen. Die militärischen Vereine des Kreises werden mir oder den Ortsbehörden dementsprechend geeignete Vorschläge machen. Aus der Stadt Altena sind bereits jetzt in den Kreisausschuß aufgenommen worden die Herren: **Hauptmann d. L. Rasche, Hauptmann d. L. Knipping, Leutnant d. R. Butenuth.**

Kreiswohlfahrtsamt Abt. Kriegsbeschädigtenfürsorge.
Der Vorsitzende: Thomée, Landrat.

Heuernte.

Bei der heutigen Lage an der Front wird kaum mit einer ausreichenden Beurlaubung von Wehrpflichtigen zur Heuernte zu rechnen sein. Kriegsgefangene werden zur Zeit nicht weiter gestellt.

Da die restlose und rechtzeitige Einbringung der Heuernte jedoch im dringenden wirtschaftlichen Interesse liegt, so werden die Landwirte dringend ersucht, den Ortsbehörden anzumelden, wenn sie etwa **der Hülfe der Jungmannen** bedürfen. Es ist dabei anzugeben, **wieviel** Jungmannen und zu welchem Zeitpunkte gewünscht werden.

Altena, den 10. Juni 1918.

Der Landrat: Thomée.

Amt Kierspe.

Die Verteilung von Nähgarn erfolgt durch die Verkaufsstellen Ww. Gust. Köhler in Kierspe, August Vollmerhaus in Kierspe-Bhf., Carl Stahlschmidt in Kierspe-Bhf., Ferd. Sondermann in Vollwerk und Fritz Vormann in Rönsahl. Bezugscheine werden vom 14. ds. Mts. im Amtshaus, Zimmer Nr. 4, gegen Vorlage der Lebensmittelkarte an den bestimmten Tagen ausgestellt

Kierspe, den 8. Juni 1918.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Amt Kierspe.

Für minderbemittelte sind mir Kinderstrümpfe zur Verteilung überwiesen. Diese werden gegen Vorlage eines amtlich ausgestellten Bezugscheines durch Franz August Vollmann in Kierspe, August Vollmerhaus, Kierspe-Bhf., Ferdinand Sondermann in Vollwerk und Fritz Vormann in Rönsahl abgegeben. Bezugscheine werden an den bestimmten Tagen (Dienstags und Freitags) im Amtshaus, Zimmer 4, ausgestellt.

Kierspe, den 8. Juni 1918.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Bekanntmachung.

Am 10. Juni 1918 ist die Bekanntmachung des stellv. Generalkommandos 18. A. K. v. 10. 8. 1917 Nr. Pa. 9/8. 17. K. R. A. betr. die Herstellung von Papiermundtüchern und Papiertischtüchern aufgehoben worden.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.

Amt Kierspe.

Mahlkarten.

Die Ausstellung der Brotgetreide Schrotkarten und Hafer-Mahlkarten für die Zeit bis zum 15. 8 d. Js. geschieht im Amtshause Zimmer 7 wie folgt:

a) **am 14. Juni** für diejenigen, deren Familiennamen mit den Anfangsbuchstaben A und B beginnen,
b) **am 15. Juni** für die Buchstaben C—G,
c) **am 17. Juni** für die Buchstaben H—K,
d) **am 18. Juni** für die Buchstaben L—O,
e) **am 19. Juni** für die Buchstaben P—S,
f) **am 20. Juni** für die Buchstaben T—Z.

Die Selbstversorgerausweise und Brotbuchumhüllungen sind vorzulegen. Ich ersuche obige Reihenfolge genau innezuhalten. Nach Ablauf der festgesetzten Termine werden Schrot- und Mahlkarten nicht mehr ausgestellt.

Kierspe, den 11. Juni 1918.

Der Amtmann: Hiltebrandt.

Amt Halver.

Gültigkeit der Kohlenmarken.

Für den Monat Juni 1918 gelten die Kohlenmarken Nr. 9—13 einschließlich.

Halver, den 11. Juni 1918.

Die Ortskohlenstelle.

Samstagmorgen, den 15. ds. Mts. verkaufen wir in den Stallungen des Viehhändlers Gustav Corbach, Marienheide einen Transport

Saugfohlen.

Eduard Moos,
Gustav Corbach.

Wir können noch
mehrere
Arbeiter
für unsere Fasson-Dreherei sofort einstellen.

Metallwarenfabrik
P. W. Haurand, G. m. b. H.
Halver, (Westf.)

Zum möglichst baldigen Eintritt eine Anzahl
Arbeiterinnen
sowie
junge Burschen
im Alter von 14—15 Jahren gesucht.

Gebr. Jaeger,
Schalksmühle i. W.

Geschäftsbogen
Mitteilungen
Postkarten
Allgemeiner Anzeiger
Buchdruckerei
Halver i. W. Fernruf 42.

Rheinisch-Westfälische Zeitung

Werktäglich **3** Ausgaben:
Morgen
Mittag
Abend
Sonntags einmal

Essen
Dortmund Duisburg

Hauptvertretungen:
Bielefeld, Bochum, Düsseldorf Elberfeld-Barmen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Herne, Krefeld, Mülheim-Ruhr, Münster in Westfalen, Recklinghausen, Wanne, Witten

Bezugspreis: **5.25** Mk.
durch die Post ohne Bestellgeld
vierteljährlich

Bedeutendste Zeitung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Unabhängig nationales Organ. Erstklassiger Handelsteil. Reichhaltiges Feuilleton. Zuverlässige und schnelle Kriegsberichterstattung. Hervorragendes Anzeigenblatt, namentlich für die Eisen- und Schwerindustrie. Großer Stellenmarkt.